

# Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 866 im Vereinsregister Zwickau,

Mitglied in der Grünen Liga Sachsen e.V.,



Vorsitzender: Pfarrer H.-W. Baumann, Schulweg 2, 08107 Hartmannsdorf, Tel. 037602/6068

Aue, den 11.2.96

Liebe Mitglieder und Freunde des Netzwerkes,

heute wieder unsere aktuellen Informationen zur Sitzung vom 9.2.96, die Ihnen diesmal zeitiger zugehen, als bedauerlicherweise beim letzten Mal. Die nächsten Termine gleich zuerst: Freitag, 29.3.96, 10.5.96, 7.6.96

## Tagesordnung:

1. Bericht über Gespräch mit dem umweltpolitischen Sprecher der CDU, Prof. Mansfeld (Dresden) bei einem Treffen der Grünen Liga am 24.1.96 mit der CDU-Landtagsfraktion Sachsen. Teilnehmer für das Netzwerk: Pfr. Baumann.
2. Planung von landespolitischen Aktionen
3. Information über den Stand der Bundestagsdiskussion zum Gesteinsabbau
4. Vorbereitung der Vorstandswahlen
5. Sonstiges

## zu 1. Gespräch zwischen CDU-Fraktion (Prof. Mansfeld, Neun, Windisch, Reichhard, Meyer, Schopka) im Landtag Dresden

- Das Gespräch ging auf eine CDU-Initiative zurück, die mit den anerkannten Naturschutzverbänden verstärkte Kontakte pflegen will. Seitens der CDU wird auf die Regierungserklärung vom Nov. 95 verwiesen und auf eine Naturschutzinitiative im Okt. 95 im Landtag
- Seitens der GL werden die Gesprächsschwerpunkte Förderungsmöglichkeiten, Bildungsarbeit, Naturschutzrecht, Auenlandschaften, Gesteinsabbau, Wasserkraftnutzung und Abwasser genannt. Ein Gesamtprotokoll wird durch Herrn Neun nachgereicht. Für uns war der Gesteinsabbau wichtig, wobei Prof. Mansfeld auch Gesprächsbereitschaft mit dem Netzwerk direkt signalisierte. Ein Termin wird noch benannt.
- Abstandsregelung: Allein NRW hat eine Regelung im Rahmen eines eigenen Abtragungsgesetzes. Man könne sich vorstellen, daß im Rahmen der zu erarbeitenden Regionalpläne dort auch eine Mindestentfernung zu bebautem Gelände festgelegt werden könne. Diese seien für 1996 zu erwarten, was bedeutet, daß wir bei den regionalen Planungsverbänden in diesem Sinne wirksam werden müßten.
- Genehmigungen/Bewilligungen: Es seien immer Einzelverfahren und deshalb keine generellen Kriterienlisten (wie bei regionalem Planungsverband Südwestsachsen usw.) möglich.
- Bergrechtsänderung: Herr Schäuble habe sich beim Besuch in Dresden dahingehend geäußert, daß es wohl zu einer Überführung der z.Zt. im Osten bergfreien in grundstückseigenen Kiese und Sande (betrifft also die "minderwertigen" Rohstoffe) käme und damit das Baurecht gelte. Eine entsprechende Initiative werde z.Zt. zwischen den Parteien vorbereitet.
- Es wird seitens des Netzwerkes auf folgende Probleme verwiesen: Gesteinstransporte, (fehlende) Umweltverträglichkeitsprüfungen, Kontrollen, Mitsprache der Kommunen, Landesentwicklungsplan (LEP) (nachträgliche Änderung bei Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten Gesteinsabbau) Zu letzterem: Die zu erarbeitenden Regionalpläne werden offenbar nur Ausarbeitungen des beschlossenen LEP sein. Inwieweit es hier noch Korrekturen geben kann, blieb offen. Möglich wären freilich - da größerer Maßstab - genauere, (auch kleinere) Flächenangaben.
- Mit der GL wurde noch besprochen, daß wir im Rahmen von öffentlichen Bildungsveranstaltungen (z.B. unsere monatlichen Treffen mit Thema) ggf. auch Fördermittel (für Honorare) bekommen könnten, falls das Land die GL als Bildungsträger anerkennt.

## zu 2. Landespolitische Aktivitäten

- Frau Roth war kürzlich bei Regionalem Planungsverband Südwestsachsen. Dort steht man weithin auf unserer Seite. Die Mitarbeiter verschicken an alle Kommunen Anfragen oder Stellungnahmen zum Landesentwicklungsplan, bekommen aber oft keine Rückantwort. Hier sollten alle Netzwerkmitglieder in ihren Kommunen nachstoßen und ggf. eigene Stellungnahmen zu geplanten Vorhaben einsenden. Die Mitglieder des Netzwerkes beauftragen Frau Roth, ein Schreiben an die 5 Regionalen Planungsverbände zu entwerfen. Anschließend Abstimmung mit Herrn Wieland und Pfr. Baumann. Inhaltsschwerpunkte: Festschreibung von 300 m Mindestabstand, und Anfrage, auf welchen Problemfeldern unsere Mithilfe im Zusammenhang zu den Regionalplänen in Fragen Gesteinsabbau möglich wäre. Wie können wir aktiv werden? Dieses Schreiben soll (nach Diskussion beim nächsten Treffen)

außerdem an alle Landräte (als Verantwortliche der jeweiligen Regionalplanungsverbände) persönlich von unseren Mitgliedern überreicht werden.

- Frau Klein wird in Kürze den Plauener Regionalen Planungsverband besuchen und im gleichem Sinne mögliche Aktivitäten absprechen.
- Es sollte angesichts der verschiedenen Berichte über den Stand der Bergrechtsänderung über einen dringlichen Antrag des Landtages an die Staatsregierung erreicht werden, daß diese sich in Bonn gegen einen unbefristeten Bestandsschutz für Aufsuchungserlaubnisse und Bewilligungen einsetzt. Ziel sollte es sein, einen Bestandsschutz erst für genehmigte Betriebspläne zu garantieren. Da dies politisch vermutlich nicht durchsetzbar scheint, sollte ein Bestandsschutz (und damit Behandlung nach altem Recht) wenigstens nur für Vorhaben gelten, für die spätestens ein Jahr nach Gesetzesverkündung ein Betriebsplan eingereicht wurde. Frau Nikolaus (zu diesem Zeitpunkt schon abgereist) wird gebeten, im Auftrag des Netzwerkes und mit Unterstützung u. ggf. in Absprache mit den anderen Netzwerkmitgliedern, einen Initiativantrag im Landtag mit in etwa folgendem Text einzubringen,
- **"Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung initiativ zu werden mit dem Ziel, daß bei der Beschlußfassung zum "Gesetz zur Vereinheitlichung des Bergrechts nach der deutschen Einheit" darauf hingewirkt wird, daß der vorgesehene Bestandsschutz für bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Regelung erteilten bergrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen auf ein Jahr befristet wird."** Ist bis dahin kein Antrag auf eine Betriebsplangenehmigung gestellt, soll der Bestandsschutz erlöschen. Damit soll verhindert werden, daß unseriöse Anträge (Spekulation, vorsorgliche Claim-Absteckung) ohne die Möglichkeit von UVP und damit Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Berggesetz verbleiben. Außerdem soll für bereits bewilligte Flächen soweit möglich noch eine UVP gefordert werden.
- Wir sind jetzt als Mitglied der Grünen Liga im IDUR (Informationsdienst Umweltrecht) integriert. Nochmals sei auf die Möglichkeit hingewiesen, Informationen zu (Berg)Rechtsfragen dort abzurufen.
- Das Netzwerk lädt den Umweltausschuß des Landtages zu einer seiner nächsten Sitzungen ein. Parallel zu dem von Frau Roth eingebrachten Antrag auf öffentliche Debatte von Gesteinsabbaufragen wird Pf. Baumann über Herrn Mansfeld die Einladung an den Umweltausschuß konkret aussprechen. Zwar wäre eine Vor-Ort-Einladung zu einem arbeitenden Steinbruch (z.B. Herr Herbach, Etzdorf) sehr wünschenswert, jedoch erscheint auch ein Besuch in DD möglich. Zielstellung: Wie wird nach der zu erwartenden Änderung der Zuordnung mit alten (auch Treuhand-)Bewilligungen umgegangen? Wie sollen die zu erwartenden Bundesgesetzesänderungen im Land umgesetzt werden, insbesondere bezüglich der Beteiligung von TÖB und Kommunen? Welche Vorstellungen hat der Umweltausschuß (und auch wir) hinsichtlich einem zu erarbeitenden Abgrabungsgesetz, daß dann die Rahmenbedingungen für die aus dem Bergrecht herausgelösten Kies- und Sandtagebaue setzt? Welche Übergangsregelungen (die in Länderhoheit erlassen werden dürften) erwarten wir vom sächsischen Parlament (Ziel: stärkeres Mitspracherecht der Kommunen und TÖB, Durchführung von UVP bei allen Kies/Sand-Abbaugebieten, die im Bergrecht verbleiben, Einhaltung von Abstandsregelung 300 m, Begrenzung von Förderquote z.B. auf 300 t/Tag und Förderdauer z.B. auf 10 Jahre).

### 3. Stand der Bundestagsdebatte: s. a. 1. u. 2.

- Der Bundestags-Wirtschaftsausschuß berät am 22.2. über die geplante Änderung der Zuordnung von bisher bergfreien Rohstoffen; bis dahin nochmals wenn irgend möglich Gespräche und Kontakte mit den MdB suchen. Ziel: Nicht einfach nur neue Zuordnung, sondern nach Möglichkeit eine Verhinderung oder wenigstens Einschränkung des Bestandsschutzes von bisher genehmigten Aufsuchungserlaubnissen und Bewilligungen.
- Wir werden nach einer Entscheidung - spätestens im nächsten Protokoll - über das Ergebnis des Wirtschaftsausschuß-Beschlusses berichten. Frau Dr. Otto berichtet über Einigungsversuche zw. SPD und CDU-Bundestagsfraktion. Problem: Bestandsschutz auch für Bewilligungen und Aufsuchungserlaubnisse, da ein solcher eine Festschreibung der Raubbaupraxis ohne Mitspracherecht von Eigentümern und Kommunen / TÖB gleichkäme. Einigkeit darüber, daß nur über Einigungsvertragsänderung (2/3-Mehrheit nötig) eine schnelle und umfassende Regelung erreicht werden kann.

### 4. Vorbereitung von Vorstandswahlen:

- Das Finanzamt Zwickau forderte uns auf, satzungsgemäß einen neuen Vorstand zu wählen (oder den alten zu bestätigen). Wir laden Sie für unsere nächste Sitzung am 29.3. zu dieser Vorstandswahl offiziell ein und bitten Sie, spätestens am Sitzungsabend Ihre Vorschläge für neue Vorstandsmitglieder bei Pfarrer Baumann einzureichen. Als Kandidaten wurden bisher vorgeschlagen: Herrn Baumann, Herr Wieland, Herr Krause. Pfr. Baumann ruft Herrn Fischer und Herrn Neumerkel an und fragt, ob sie erneut kandidieren. Gewählt werden - wie in der Satzung beschlossen - vier Vorstandsmitglieder.

### 5. Sonstiges

- Das Netzwerk schreibt ein Solidaritätsschreiben an Heuersdorf (V.: Pf. Baumann). Bis zum nächsten Mal sollen außerdem alle überlegen, ob und wo wir ggf. eine Landparzelle kaufen könnten, um ein geplantes Abbauvorhaben zu erschweren oder eine grundabtretungsgefährdete Fläche zu schützen und wieviel wir ggf. dafür ausgeben wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr U. Wieland